F 1.3 Schuldenbremse erweitern - Investitionen in die Zukunft ermöglichen

Antragsteller*in: Rasmus Andresen (KV Flensburg)

Änderungsantrag zu F 1

Von Zeile 50 bis 51 einfügen:
Stromleitungen, Ladeinfrastruktur für Elektroautos, Glasfaser für schnelles Internet…), finanziert werden.

Um die Klimakrise zu stoppen und für Zusammenhalt einzustehen wollen wir europäisch handeln. Wir Grüne denken Investitionspolitik europäisch. Wir brauchen einen europäischen Green New Deal um die EU bis 2040 klimaneutral zu machen. Wir müssen in ein gemeinsames europäisches Bahnnetz, eine klimagerechte Landwirtschaft oder in Gebäudeeffizienz investieren.
Um die EU fit für gemeinsame Investitionen zu machen, brauchen wir einen auskömmlich finanzierten EU Haushalt und mehrjährigen Finanzrahmen.
Wir fordern deshalb die deutsche Bundesregierung auf sich dazu bereit zu erklären 1,3% des BIPs in den EU Haushalt einzuzahlen und den Weg für eigene EU Einnahmequellen (wie eine Digitalsteuer, einer europäischen Vermögensabgabe, eine CO2 Grenzausgleichssteuer oder einer Flugticketabgabe) frei zu machen.
Die Bundesrepublik muss ihre Blokadehaltung für gemeinsame europäische Investitionen aufgeben.

Die europäischen Fiskalregeln im Umgang mit ökonomischen Krisenstaaten müssen überarbeitet werden. Die Austeritätspolitik, die unter anderem von der deutschen Bundesregierung, vorangetrieben wurde, hat viele Staaten nicht aus der Krise geführt.
Im Gegenteil.
Die Verschuldungsquoten sind nicht gesunken und die sozialen Folgen sind verheerend. Jugendarbeitslosigkeit von 30-40%, hohe Armut in vielen Staaten und fehlende soziale Absicherung. Wir wollen alle Menschen in der EU vor Armut schützen und eine Perspektive geben. Dazu brauchen mehr gemeinsame Investionen und soziale Absicherung.

Begründung

Um die Klimakrise zu stopppen und sozialen Zusammenhalt zu ermöglichen, reichen rein nationale Maßnahmen nicht aus. Es ist gut, die Haltung unserer Partei zur Schuldenbremse zu entwickeln. Wir sollten den europäischen Kontext in diese Positionierung einbeziehen. Wir brauchen mehr gemeinsame europäische Investitionen und sollten bereit sein den EU Haushalt dafür fit zu machen.

Wer von mehr Investitionen spricht, muss auch über die Fiskalpolitik sprechen, die es vielen Staaten nicht ermöglicht sich aus Wirtschaftskrisen zu lösen.

Unterstützer*innen

Jörn Pohl (KV Kiel); Bruno Hönel (KV Lübeck); Sven Gebhardt (KV Flensburg); Marlene Langholz-Kaiser (KV Flensburg)